

Einwilligungserklärung Datenverarbeitung und Beteiligung am Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren

(Anlage 1)

Sie bekommen eine Leistung der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX) oder möchten einen Antrag stellen?

Dann sind Ihre Mitwirkung und die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten notwendig.

Darüber hinaus kann zur Feststellung und Abstimmung Ihrer Bedarfe und erforderlichen Leistungen die Beteiligung anderer Stellen und Leistungsträger am Verfahren und gegebenenfalls die gemeinsame Beratung in einer Gesamt- bzw. Teilhabeplankonferenz erforderlich sein.

Mit diesem Schreiben informieren wir Sie im Folgenden darüber, was das für Sie im Einzelnen bedeutet und bitten Sie um entsprechende Zustimmung und Einwilligung.

Zur Bedarfsermittlung benötigen wir zudem Ihre Mitwirkung am Verfahren der Bedarfsermittlung Baden-Württemberg (BEI_BW) und zum Gesamt- bzw. Teilhabeplan. Nur im gemeinsamen Dialog können wir mit Ihnen die passende Unterstützung und Leistung planen.

Wir unterstützen Sie gerne bei Fragen zu Ihrer Antragstellung und den damit verbundenen Mitwirkungspflichten. Kommen Sie auf uns zu.

Bitte senden Sie uns daher dieses Dokument ausgefüllt und unterschrieben zurück.

Einwilligungserklärung Datenverarbeitung und Beteiligung am Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren

Persönliche Angaben:

Name, Vorname	
Geburtsdatum	
Anschrift	

Bevollmächtigte/r:

Name, Vorname	
Anschrift	
Telefon, Email	

1. Zweck und Hinweise zur Datenverarbeitung personenbezogener Daten

Zur Bearbeitung Ihres Antrags benötigen wir Daten, die wir verarbeiten müssen. Datenverarbeitung bedeutet, dass wir ausschließlich zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Daten von Ihnen direkt oder von anderen Stellen erheben und soweit erforderlich an andere Stellen übermitteln. Die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung ergeben sich aus § 35 SGB I, §§ 67ff SGB X. Die Datenverarbeitung umfasst insbesondere die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten sowie die nachfolgende Dokumentation und Übermittlung im Rahmen des Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahrens einschließlich der individuellen Bedarfsermittlung bis zur Leistungsentscheidung im Rahmen der Eingliederungshilfe nach SGB IX.

2. Mitwirkungspflicht und Folgen fehlender Mitwirkung

Im Rahmen der Antragstellung bedarf es Ihrer Mitwirkung. Sie sind nach §§ 60 fortfolgende SGB I verpflichtet:

- alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des Trägers der Eingliederungshilfe der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen
- Nachweise/Urkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen
- sich auf Verlangen zumutbaren ärztlichen und psychologischen Untersuchungen zu unterziehen

Kommen Sie diesen Mitwirkungspflichten nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann nach § 66 SGB I die beantragte Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagt werden.

3. Einwilligungserklärung

3.1 Einholung von Auskünften

Ich bin einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe Auskünfte von nachfolgend genannten Stellen und Ärzten aus ärztlichen, psychologischen, pädagogischen Untersuchungsunterlagen und sonstigen Berichten einholt, die für die Entscheidung erforderlich sind und in Form von Daten zur gesundheitlichen Situation, zur vorliegenden Behinderung und den Beeinträchtigungen der Körperfunktionen im BEI_BW erhebt und dokumentiert.

☐	Fachdienste des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS), z.B. Medizinisch Pädagogischer Dienst, Technischer Beratungsdienste
☐	Arzt/Facharzt:
☐	Psychologe:
☐	Klinik:
☐	Träger der Leistungen der Hilfe zur Pflege:
☐	Dienstleister/Leistungserbringer:
☐	Gesetzliche/private Krankenkasse:
☐	Grundsicherung
☐	Bundesagentur für Arbeit:
☐	Jobcenter:
☐	Gesetzliche Unfallversicherung:
☐	Gesetzliche Rentenversicherung:
☐	Kriegsopferfürsorge:
☐	Öffentliche Jugendhilfe:
☐	Andere Träger der Eingliederungshilfe:
☐	Schulamt:
☐	Öffentlicher Gesundheitsdienst:
☐	Pflegekasse:
☐	Hilfe zu Pflege:
☐	Integrationsfachdienst:
☐	Sonstige:

3.2. Weitergabe von Daten

Ich bin damit einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe im Rahmen des Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahrens nach SGB IX (z.B. zur Sachverhaltsklärung oder Vorbereitung einer Gesamtplan- bzw. Teilhabeplankonferenz) erforderliche Daten, Ergebnisse der individuellen Bedarfsermittlung etc. zur Abstimmung an gegebenenfalls weitere beteiligten Leistungsträger nach § 117 Absätze 3 bis 5 SGB IX übermittelt, sofern Sie der Beteiligung unter 6.1 zugestimmt haben

Ich bin damit einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe zugänglich gemachten Auskünfte und Unterlagen (z.B. Arztberichte, MDK-Gutachten) an andere Stellen nach § 22 SGB IX, an ärztliche Gutachter (z.B. öffentlicher Gesundheitsdienst, Landesärzte für Behinderte, Medizinisch-Pädagogischer Dienst (MPD) des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) weitergibt, soweit dies für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 69 Absatz 1 in Verbindung mit § 76 Absatz 2 Nummer 1 SGB X).

Die Berechtigung des Trägers der Eingliederungshilfe zur Weitergabe von spezifischen Anforderungen und Aufträgen aus dem Gesamtplan an Leistungserbringer zur Aufgabenerfüllung entsprechend §§ 28, 123 Abs. 4 S.1 i.V.m. § 121 SGB IX und § 67b Abs. 1 S.1 SGB X bleibt hiervon unberührt.

4. Widerspruchsrecht

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich solchen Übermittlungen unter 3.1 und 3.2 generell vorab widersprechen kann, wenn ich hiermit nicht einverstanden bin und ich jederzeit gegen die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten gemäß Artikel 21 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) Widerspruch einlegen kann.

Auf die Folgen der fehlenden Mitwirkung (s. unter 2.) wurde ich hingewiesen.

5. Widerrufsrecht

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich die Einwilligungen jederzeit widerrufen kann. Dabei bleibt die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von Daten unberührt, die bis zu meinem Widerruf getätigt wurden.

6. Zustimmung zur Beteiligung und Teilnahme anderer Leistungsträger und Stellen

6.1 Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren

Als Träger der Eingliederungshilfe sind wir verpflichtet einen Gesamtplan nach § 117 SGB IX zu erstellen. Der Gesamtplan ist die Grundlage für den Bescheid, in welchem wir über Ihren Antrag entscheiden. Im Rahmen des Gesamtplanverfahrens werden wir Ihre Bedarfe umfassend ermitteln, sodass wir gegebenenfalls andere Leistungsträger oder Stellen nach § 22 SGB IX beratend beteiligen. Dies ist jedoch nur mit Ihrer Zustimmung möglich, um die wir Sie nachfolgend bitten.

Ich bin einverstanden, dass nachfolgende Stellen beratend am Gesamt-bzw. Teilhabeplanverfahren beteiligt werden und ggf. an einer Gesamt- und Teilhabeplankonferenz (siehe 6.2) teilnehmen:

☐	Fachdienste des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS), z.B. Medizinisch Pädagogischer Dienst, Technischer Beratungsdienste
☐	Träger der Leistungen der Hilfe zur Pflege:
☐	Dienstleister/Leistungserbringer:
☐	Gesetzliche/private Krankenkasse:
☐	Grundsicherung
☐	Bundesagentur für Arbeit:
☐	Jobcenter:
☐	Gesetzliche Unfallversicherung:
☐	Gesetzliche Rentenversicherung:
☐	Kriegsopferfürsorge:
☐	Öffentliche Jugendhilfe:
☐	Andere Träger der Eingliederungshilfe:
☐	Schulamt:
☐	Öffentlicher Gesundheitsdienst:
☐	Pflegekasse:
☐	Hilfe zu Pflege:
☐	Integrationsfachdienst:
☐	Sonstige:

6.2. Gesamtplan- bzw. Teilhabeplankonferenz §§ 119, 20 SGB IX

Falls erforderlich können wir mit Ihrer Zustimmung eine Gesamt- bzw. Teilhabeplankonferenz Soweit im Gesamt- und Teilhabeplan erforderlich, führen wir eine Gesamt- bzw. Teilhabeplan-konferenz durch. Hier beraten wir und andere beteiligte Leistungsträger gemeinsam mit Ihnen über die Unterstützungsbedarfe und Leistungen. Hierfür benötigen wir Ihre Zustimmung.

☐ Ich stimme der Durchführung einer Gesamtplan- bzw. Teilhabeplankonferenz zu.

Wenn Sie möchten, können Sie eine Person des Vertrauens (z.B. gesetzliche Vertretung, Angehörige/ Freunde, Beratungsperson der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung - EUTB, etc.) mitbringen.

☐	Person des Vertrauens (Name, Kontaktdaten):
--------------------------	---

Datum, Unterschrift der antragstellenden Person/rechtlichen Betreuung